

**Abstract:** Die News-Bias-Forschung untersucht mediale Unausgewogenheiten als Folge politischer Einstellungen von Journalisten. Frühere Studien zeigten, dass insbesondere in politischen Konflikten die Tendenz der Berichterstattung von der generellen politischen Linie eines Mediums beeinflusst werden kann. Die Debatte über das geplante Tarifeinheitsgesetz unterscheidet sich von den bisher analysierten Kontroversen, bei denen sich die Konfliktparteien eindeutig den unterschiedlichen politischen Lagern zuordnen lassen. So herrscht beispielsweise weder innerhalb der Regierungsparteien, noch unter den Gewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbunds, der für das Gesetz plädiert hatte, ein einheitlicher Standpunkt zur Tarifeinheit. Aufgrund dieser Besonderheiten entzieht sich das Thema auch der typischen Verortung auf dem politischen Links-Rechts-Spektrum. Ob sich der News-Bias-Ansatz dennoch auf die Berichterstattung anwenden lässt und anhand welcher Mechanismen Unterschiede zwischen den fünf untersuchten Tageszeitungen konstruiert werden, soll durch diese Arbeit geprüft werden.

Im Mittelpunkt der Untersuchung stehen folgende Fragen:

- 1) Existiert News-Bias in der Berichterstattung über das Tarifeinheitsgesetz?
- 2) Hat sich die Tendenz der Berichterstattung im zeitlichen Verlauf verändert?
- 3) Welche Konstruktionsmechanismen von News-Bias lassen sich in der Berichterstattung über das Tarifeinheitsgesetz finden?

Um diese Fragen zu beantworten wurde für den zehnmonatigen Zeitraum zwischen Gesetzesvorstellung und Verfassungsklage eine quantitative Inhaltsanalyse fünf überregionaler Tageszeitungen durchgeführt. Die 210 zufällig ausgewählten Artikel wurden anhand ihrer wertenden Aussagen, der Tendenz, den Themenaspekten und der zitierten Personen untersucht. Durch diese Daten konnten die redaktionellen Linien zu diesem Thema untereinander verglichen sowie festgestellt werden, ob die Zeitungen Themen und Akteure instrumentell eingesetzt haben, um ihre jeweilige Konfliktsicht zu stützen.

Die Ergebnisse zeigen, dass sich die Berichterstattungen deutlich voneinander unterscheiden. Die Zeitungen des linken Spektrums bewerteten das Tarifeinheitsgesetz negativer als die konservativen Blätter. Darüber hinaus konnte festgestellt werden, dass die Zeitungen gleiche Themenaspekte unterschiedlich bewerteten und vermehrt diejenigen Gruppen zu Wort kommen ließen, die ihrer Konfliktsicht entsprachen. Allerdings konnte auch gezeigt werden, dass der zeitliche Faktor einen großen Einfluss auf die Art der Berichterstattung hat.

**Art der Arbeit:** Bachelor-Arbeit

**Verfasserin:** Friederike Mang